

## 6. Wahlperiode – 51. Sitzung

### Tagesordnungspunkt 1

#### Aktuelle Stunde

#### Erste Aktuelle Debatte

#### Standortauswahlgesetz nachbessern – Sachsen nicht für DDR-Altlasten bestrafen

#### Antrag der Fraktionen CDU und SPD

16. März 2017

---

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Grundlage der heutigen Diskussion ist der Abschlussbericht der Endlagerkommission, einem 33-köpfigen Gremium. Dies war auch Grundlage für die fraktionsübergreifende Gesetzesinitiative von CDU, CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die in der nächsten Woche im Bundestag zur Beschlussfassung vorliegt. Prof. Dr. Georg Milbradt, ehemaliger Sächsischer Ministerpräsident, war hier in seiner Funktion als Vertreter der Katholischen Kirche in der Endlagerkommission intensiv in der Debatte. Er hat sich in der Anhörung im Deutschen Bundestag eindeutig für einen standortoffenen Prozess ausgesprochen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Alle potenziellen Standorte müssten bei der Suche in einen Topf, sagte er, weil man sonst nicht erklären könne, dass das Auswahlverfahren nicht schon vorgeprägt sei: „Es ist nicht hinnehmbar, dass das Zeug 60 Jahre auf dem Acker steht, mehr oder weniger ungeschützt.“ Das sagte Georg Milbradt am 13. Mai 2016. Diese Haltung und auch dieser parteiübergreifende Ansatz zeigen für mich, dass wir ein überparteiliches und überregionales Verfahren haben, das auf Solidarität setzt.

Wunsch meiner Fraktion ist, dass wir genau diese überparteiliche, überregionale, solidarische Haltung und die Worte von Georg Milbradt bei unserem Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundesrat, wenn es um die Frage des Standortauswahlgesetzes geht, im Hintergrund auch bei unserem Abstimmungsverhalten berücksichtigen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mit dem Standortauswahlgesetz, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, haben wir ein mehrstufiges Auswahlverfahren mit viel Bürgerbeteiligung und Partizipation. Wir haben hier in Sachsen eine leidvolle Erfahrung gemacht; fast jeder von uns kennt in seiner Familie leidvolle Wismut-Geschichten. Hier wurden Menschen geopfert für die Idee des Atomzeitalters im letzten Jahrhundert. Hier wurden gesundheitliche Spätfolgen und Risiken ganz bewusst verschleiert. Aus diesem Grund glaube ich – darin sind wir uns alle einig –, dass wir beim Thema Ausstieg aus der Kernenergie einen breiten Konsens in

der Bevölkerung haben. Übrigens haben wir auch eine breite Zustimmung für umweltfreundliche erneuerbare Energieerzeugung.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund war es richtig, dass Rot-Grün aus der Kernenergie ausgestiegen ist. Daher, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, in der zweiten Runde meine diesbezüglichen Schlussbemerkungen: Für uns als Fraktion gilt das Prinzip der weißen Landkarte. Das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich sagen. Mein Kollege Holger Mann ist auf das Thema Rossendorf eingegangen – hier gibt es einen großen Konsens in der Koalition. Der gesamte Diskussionsprozess um die Risiken und die Gefahren der Kernenergie zeigt mir aber, dass es richtig war, dass wir als SPD eine klare Haltung gegen Kernenergie haben.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Was für mich sehr bemerkenswert ist, ist, dass wir heute genau mit den gleichen Leuten über die Frage einer standortoffenen Endlagersuche und über einen möglichen sächsischen Sonderweg diskutieren. Das ist für mich sehr bemerkenswert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deshalb plädiere ich dafür, hier abzurüsten und bei dieser Debatte für eine redliche, ehrliche und transparente sowie glaubwürdige Politik einzustehen, denn für uns steht viel auf dem Spiel. Wir haben viele eigene sächsische Energieinteressen. Wir reden heute noch über die bundeseinheitliche Geltung von Netzentgelten und wir reden – nicht nur heute – auch über das Thema Strukturwandel in der Lausitz. Wir sind auf Solidarität des Bundes und anderer Bundesländer angewiesen. Wir haben saubere, fachlich fundierte, wissenschaftliche Argumente für unsere Haltung beim Thema Netze, beim Thema Strukturwandel und beim Thema erneuerbare Energien. Hier ist Glaubwürdigkeit ein hohes Gut. Insoweit plädiert meine Fraktion für eine glaubwürdige, wissenschaftlich fundierte Haltung. Dies bitten wir bei unserem Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundesrat zu berücksichtigen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)